Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 41 (1985)
Heft: 2

Artikel: Frauenbewegung gegen die Vermarktung des Lebendigen
Autor: Späth, Antje
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845108

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frauenbewegung gegen die Vermarktung des Lebendigen

Unerwartet gross war die Beteiligung an dem Kongress "Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik", den der Arbeitskreis Frauen der Grünen im Deutschen Bundestag und die "Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.", eine Organisation der autonomen Frauenbewegung, gemeinsam in Bonn veranstalteten. Ueber 1700 Frauen, darunter viele Naturwissenschaftlerinnen - aus der Bundesrepublik, aus Oesterreich, der **Schweiz**, Grossbritannien, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, den USA und Indien - fanden sich zum ersten Mal zu einer dreitägigen internationalen Konferenz zusammen, um die beschleunigte Weiterentwickoung und die Ausweitung der Anwendungsbereiche dieser Techniken zu diskutieren. Eine Reihe von Forderungen und Gegenmassnahmen wurden aufgestellt und empfohlen. Es berichtet **Antje Späth.**

Das Geschäft mit der Gentechnik, die Verwertbarkeit der weiblichen Fortpflanzungsfähigkeit, die Vernichtung "unwerten" Lebens, Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt, der Begriff "Krankheit", Unfruchtbarkeit und Kinderwunsch, weibliche Selbstbestimmung und soziale Kontrolle, patriarchalische Naturwissenschaft - zu diesem vielfältigen Themenkatalog informierten sich die Frauen am Kongress. Es ging dabei jedoch nicht darum, "objektiv" Vorteile und Nachteile, Chancen und Risiken der gen- und fortpflanzungstechnischen Methoden abzuwägen. Ziel war vielmehr, Frauen zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit diesen neuesten Produkten der Interessenallianz von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik aufzurufen.

Eroberung neuer Märkte

Auf der Suche nach den Umsätzen von morgen ist die Industrie heute bei der Gentechnik angelangt. Nach der Atomtechnik, den Mikroprozessoren, der Weltraumforschung wird in ihr **die** Schlüsseltechnologie der 90er Jahre gesehen, welche die immer deutlicheren Verwertungsschwierigkeiten (Ueberproduktion, sinkende Profitrate, Grenzen des Wachstums) durch die Eroberung neuer Märkte überwinden soll. An verschiedenen Orten entstehen derzeit riesige Verbundprojekte, die von der Industrie, den Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen sowie von staatlichen Instanzen gemeinsam getragen und gefördert werden. Im Bereich der Landwirtschaft werden durch Genmanipulationen Pflanzen gezüchtet, die höhere Erträge und gezielte Verbesserung in der Ernährungsqualität garantieren, gegen Dürre, Kälte, Krankheiten, Schädlinge und Herbizide resistent sind, sich durch Uebertragung stickstoffixierender Gene selbst düngen. In der Umwelttechnologie sollen neukon-

struierte Mikroorganismen gezielt Problemstoffe in Abwasser und Abluft abbauen. Neue Medikamente, Impfstoffe und Hormone sollen die medizinische Diagnostik und Behandlung revolutionieren. Krankmachende Viren werden als "biologische Waffen" in Sicherheitsfragen erprobt.

Parallel zu den Fortschritten der Gentechnik wurden immer weiter verfeinerte Fortpflanzungstechniken, Techniken zur Befruchtung ausserhalb des Körpers, zunächst in der Tierzucht, dann beim Menschen entwickelt. Seit der Geburt des ersten Retortenbabys in England 1978 wetteifern Aerzte und Wissenschaftler international, um die menschliche Fortpflanzung besser in den Griff zu bekommen, frieren bereits Embryos ein, spülen sie aus einer temporären Mutter aus, setzen sie einer zweiten Frau ein, führen Manipulationen am Embryo durch. Internationale Kongresse, neue Vereinigungen und Fachzeitschriften und die rapide ansteigende Zahl von In-vitro-Kliniken (Kliniken, die Befruchtungen im Reagenzglas betreiben), Spermabanken und Leihmutter-Agenturen führen zur zunehmenden Kommerzialisierung.

Was ist Fortschritt?

Einstimmig vertraten die Teilnehmerinnen die Ansicht, dass es unzureichend sei, lediglich vor möglichen Gefahren der neuen Technologien zu warnen. Vielmehr zeigte sich, dass die Kritik an jenem Dogma der technischen Zivilisation ansetzen muss, das die Realisierung des technisch Machbaren mit Fortschritt gleichsetzt. So ist es eben **kein** Fortschritt, wenn durch biotechnische Manipulationen zwar die landwirtschaftlichen Erträge kurzfristig gesteigert werden können, dies jedoch mit dem massiven Einsatz von umweltschädigenden Unkrautvertilgern erkauft werden muss und zu einer dramatischen Verarmung der Artenvielfalt führt. Die traditionelle Argumentation der Linken und von Teilen der Frauenbewegung, der Wert einer Technologie hänge von den Herrschaftsverhältnissen ab, trifft in diesem Fall offensichtlich nicht zu. Davon abgesehen werden die Rationalisierungen in der Landwirtschaft allerdings die bestehenden Abhängigkeiten weiter verschärfen, wie längst die "Grüne Revolution" zeigt, die trotz oder gerade wegen der Biotechnik den Menschen in der Dritten Welt **mehr** Abhängigkeit, Hunger und Armut bringt.

Keinen eigentlichen Fortschritt bedeutet auch die industrielle Erzeugung von Hormonen und Impfstoffen. Zwar mag es unter Umständen wirkungsvoll und auch billiger sein, Krankheiten wie Zuckerkrankheit und Krebs mit gentechnisch hergestelltem menschlichen Insulin oder Interferon zu behandeln; ein Fortschritt wäre es jedoch, statt ein wachsendes Arsenal von Mitteln der Symptombekämpfung zu produzieren, die gesellschaftlichen Ursachen dieser Krankheiten wie Essverhalten und Umweltschäden zu untersuchen und zu beseitigen. Kein sicherer Fortschritt ist selbst die Beseitigung von Schadstoffen durch Mikroorganismen; denn das Risiko, das von diesen Organismen - die in kein Oekosystem passen - ausgeht, ist nicht abzuschätzen.

In Teilfunktionen zerlegt

Nach Meinung der Teilnehmerinnen belegen all diese Anwendungsbeispiele die Grundproblematik dieser Technologie: Die

Gentechnik bietet mit der Methodik der analytischen Naturwissenschaften kommerziell interessante technische Lösungen für isolierte Problemstellungen, wobei der Zusammenhang des Ganzen (des Menschen, der Oekosysteme, der Gesellschaft) ausser acht gelassen wird.

Dies trifft auch für die Fortpflanzungstechniken zu. Der weibliche Körper und die Gebärfähigkeit werden in Teilfunktionen zerlegt, von denen die technisch realisierbaren wirtschaftlich verwertet werden. Für In-Vitro-Fertilisation wird mit dem Kinderwunsch unfruchtbarer Frauen geworben. Auch hier wird für ein gesellschaftlich bedingtes Problem - die Zunahme von Unfruchtbarkeit durch Krankheit, wachsende Umweltverschmutzung und soziale Konflikte - eine technische Lösung offeriert.

Die weitere Verbreitung dieser Techniken hätte tiefgreifende Auswirkungen auf die weibliche Existenz. Schon heute führt die Möglichkeit, Erbkrankheiten und Geschlecht durch Tests in einem frühen Stadium der Schwangerschaft zu erkennen, dazu, dass kranke und auch **weibliche** Föten (so in Indien und China) systematisch abgetrieben werden. In den USA wird diskutiert, den Frauen zu untersagen, "defekte" Kinder auszutragen oder Kinder ihrer eigenen "defekten Gebärmutter-Umgebung" auszusetzen. Frauen sollen verpflichtet werden, sich vorgeburtlichen diagnostischen Tests zu unterziehen und Föten, die diese Qualitätstests nicht bestehen, abzutreiben. Falls die eigenen Eizellen die gesetzten Normen nicht erfüllen, sollen Frauen daran gehindert werden, diese für eine Befruchtung zu verwenden. Hier zeigt sich, dass die Anwendung als Instrument zur Kontrolle über Frauen und ihr Gebärpotential und damit zu einer neuen Eugenik im Weltmassstab vorprogrammiert ist. Die Spaltung in genetisch "wertvolles" und "minderwertiges" Leben wird bereits an den Frauen der Dritten Welt praktiziert: Sie werden mit denselben Methoden - und meist auch von denselben Betreibern - zwangssterilisiert, die den weissen Mittelklassefrauen zum "Recht auf das eigene Kind" verhelfen sollen.

Oeffentlichkeit herstellen

Somit stellte sich die Frage nach möglichen und sinnvollen Gegenmassnahmen. Im Verlauf der Diskussion kristallisierten sich zwei Schwerpunkte heraus. Zum einen stellen die Frauen Forderungen an die Politiker, die Wissenschaftler, die Wirtschaftler: Die Auseinandersetzung um diese Techniken soll nicht länger nur in exklusiven Expertengremien geführt werden. Die Sicherheitsbestimmungen in den Labors dürfen nicht, wie beabsichtigt, gelockert werden. Die Forschungsförderung aus öffentlichen und privaten Mitteln muss zugunsten alternativer Anbau-, Energiegewinnungs- und Produktionsverfahren sowie Gesundheitsprojekte gestoppt werden. Vor der Einführung neuer Techniken muss der Nachweis erbracht werden, dass sie die Umwelt nicht schädigen und nicht zu gesellschaftlicher Diskriminierung führen.

Zum anderen sollen die Frauen selbst aufgefordert werden, alles zu tun, um die weitere Entwicklung zu verhindern; die Techniken zu boykottieren; die Vermarktung ihrer Produkte - zum Beispiel genmanipuliertes Saatgut, Lebensmittel, Medizin - durch offensive Verweigerung zu behindern. Frauen sollen sich der Zer-

stückelung und Enteignung ihres Körpers widersetzen und die Selbstbestimmung über die Geburtsvorgänge nicht an die Experten abgeben. Sie sollten sich nicht durch den Mythos des "Rechts" auf biologische Mutterschaft oder die Pflicht zum eigenen Kind beziehungsweise zum genetisch massgeschneiderten Kind in die industrielle Verwertung einbeziehen lassen. Der Kongress brachte vielen Frauen wertvolle neue Informationen. Vor allem wurden Ansätze für eine breitere argumentative Basis erarbeitet, auf die eine Gegenbewegung sich stützen kann. Nachdem es bisher erst einige Internationale Komitees gegen die neuen Techniken wie Finnret (Feminist International Network on the New Reproductive Technologies) gab, entstanden auf dem Kongress gab, entstanden auf dem Kongress zahlreiche regionale Widerstandsgruppen. Sie wollen handeln und eine breite Aufklärungs- und Protestbewegung schaffen.

TV-Sendung zum Thema Leihmütter - Leihväter

Am Donnerstag, 13. Juni, 21.35 Uhr befasst sich die Sendung Zeitspiegel Dossier des Deutschschweizer Fernsehens mit dem Thema "Leihmütter - Leihväter".

Bundesrat gegen Forschungsstopp

Bern, 13. Mai (SDA) Der Bundesrat hält einen völligen Stillstand der Forschung im Zusammenhang mit der In-vitro-Befruchtung und dem Embryotransfer nicht für angebracht. In seiner Antwort auf eine Interpellation der St. Galler Nationalrätin Eva Segmüller (CVP) kündigt er jedoch die Einsetzung einer Expertenkommission an, welche die mittel- und langfristigen Auswirkungen der heute zur Verfügung stehenden Methoden der künstlichen Befruchtung prüfen soll. Ein generelles Moratorium für alle generelles Moratorium für alle Forschungsvorhaben an menschlichen Embryonen, wie es die Interpellantin angeregt hatte, dürfte nach Ansicht des Bundesrats sowohl auf rechtliche wie praktische Schwierigkeiten stossen. Zwar sei das Unbehagen der Oeffentlichkeit gegenüber den künftigen Möglichkeiten der technisierten Medizin verständlich. Ein völliger Stillstand der Forschung auf diesem Gebiet erscheint dem Bundesrat aber nicht angebracht. In diesem Zusammenhangt erinnert die Landesregierung an die Richtlinien der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften, die bereits einen Rahmen für die neuen Behandlungsmethoden abstecke.